



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

Klett-Cotta
www.klett-cotta.de
© 2018 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung
Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany
Redaktion: Julia Matthias, Stuttgart
Herstellung: Ulrike Wollenberg, Stuttgart
Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Karin König, Patrick Delaney und Hans-Hermann Kotte
Cover: Büro Dawallu, Berlin
unter Verwendung eines Fotos von © Barbara Klemm
Art Direktion: Bijan Dawallu, Sacha Hartgers
Fotoredaktion: Sacha Hartgers
Gestaltung und Satz: Büro Dawallu, Mathias Kalmár, Carolin Nowicki
Repro: vh7 Medienküche GmbH, Stuttgart
Gedruckt und gebunden: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG, Calbe (Saale)

ISBN 978-3-608-96292-5

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**EINE ILLUSTRIERTE CHRONIK
VON
WOLFGANG KRAUSHAAR**

Die 68er- Bewegung

INTERNATIONAL

1

**DIE VORZEIT:
1960-1966**

**EIN PROJEKT DER
HAMBURGER STIFTUNG ZUR FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFT UND KULTUR**

1960-66



INHALT

EINLEITUNG

VI

1960

1

1961

52

1962

116

1963

158

1964

204

1965

280

1966

378

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

484

ORTSREGISTER

485

PERSONENREGISTER

487

BILDNACHWEIS

493

EINLEITUNG

Mit großen Worten sollte man zurückhaltend sein, besonders dann, wenn sie aus dem eigenen Munde stammen. Doch mit den vorliegenden Bänden wird etwas beansprucht, was es in der bisherigen Literatur zum Thema noch nicht gegeben hat: die Vor- und Hauptgeschichte der 68er-Bewegung in Einzelereignissen zu präsentieren – und zwar in Wort und Bild und das alles international synchronisiert. Und dies wiederum keineswegs auf die Austragung von politischen und sozialen Konflikten beschränkt, sondern durchgängig unter Einbeziehung kultureller Manifestationen bis hin zur Etablierung erster Ansätze zu einer expliziten Gegenkultur.

Lassen Sie sich also mitnehmen auf eine Zeitreise, als deren Überschrift es sich am ehesten empfehlen würde, einen Buchtitel zu nehmen, den Heinrich Mann für seine während des Kriegs im kalifornischen Exil geschriebenen Memoiren einer Epoche verwendet hat: »Ein Zeitalter wird besichtigt«. Denn nichts Geringeres als ein Panoptikum der oft zitierten Sixties wird hier imaginiert, um diesen simultanen Prozess erfassen zu können, der am Ende des Jahrzehnts in jener Explosion globalen Ausmaßes mündete, die man zumindest hierzulande irgendwann unter der Chiffre »68« geglaubt hat rubrizieren zu können.

Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm hat einmal »1968« als »Das unwahrscheinliche Jahr« bezeichnet, das eine herausragende Bedeutung sowohl für die »Erste«, die »Zweite« und die »Dritte Welt« gehabt habe.¹ Das Jahr sei so ungewöhnlich gewesen, schilderte er mit einem gewissen Augenzwinkern, dass es selbst seinen französischen Kollegen Albert Soboul nicht mehr länger am Schreibtisch habe halten können. Der Historiker der Französischen Revolution, der von einer starken Abneigung gegenüber der undogmatisch-anarchistischen ebenso wie der heterodoxen Linken geprägt gewesen sei, habe sich in den Tagen des Pariser Mai »moralisch verpflichtet« gefühlt, mit einem tadellos sitzenden Anzug und Krawatte gekleidet, an den studentischen Demonstrationen teilzunehmen.

Niemand habe solch dramatische Ereignisse wie die in der französischen Hauptstadt voraussehen können. Alles sei völlig überraschend gekommen. Diese Unerwartetheit und Plötzlichkeit, mit der sich Ereignisse wie die Tet-Offensive des *Vietcong*, die Reformbestrebungen im Prager Frühling, die Massenmobilisierung während des Pariser Mai, der Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland, die Wirren der chinesischen Kulturrevolution, die Massaker in Mexiko, die Streikbewegungen in Italien und der Bürgerkrieg in Nigeria, der zu der furchtbaren Hungerkatastrophe in Biafra führte, überschritten und zum Teil ineinander verzahnten, habe zu einer außerordentlichen Dramatik des internationalen Geschehens geführt. Das bedeutendste Faktum jenes Jahres glaubte er jedoch in der Parallelität von Studentenbewegungen diesseits und jenseits des »Eisernen Vorhangs« zu erkennen. Die im Kalten Krieg seit zwei Jahrzehnten gültige Spaltung in unterschiedliche Konfliktsphären sei damit durchbrochen worden. Obwohl »1968« auch politische Auswirkungen gezeitigt habe, so sei es dennoch nicht durch politische Phänomene im traditionellen Sinne geprägt gewesen. Die »natürlichen Waffen« seien in jener Zeit keine Schusswaffen gewesen, sondern »die graffitiverschmierte Wand, das improvisierte Plakat, das Mikrofon«. Die Studentenrevolte sei ein »Phänomen jenseits aller Wirtschaft und Politik« gewesen. Die Bildungsrevolution, die alle drei Welten erfasst habe, und die Globalisierung der Kommunikationsprozesse, die in kürzester Zeit über Kontinente und Weltmeere hinweggegangen sei, gehörten zu den wichtigsten Indizien für die außerordentliche Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels. Zeithistorisch betrachtet geht es in den vorliegenden vier Bänden um ein einziges Jahrzehnt, das der Sechziger. Sie waren geprägt von gesteigerter Produktivität, zunehmendem Wohlstand und einem anhaltenden, von der Mondlandung als Ausdruck des technologisch Machbaren gekrönten Fortschrittsoptimismus auf der einen Seite und Kriegen, politischen Konflikten und sozialen Unruhen auf der anderen. Die Darstellung des Protestgeschehens wird hier ergänzt durch ein Ausklingen in der ersten Hälfte des Jahres 1970 und zwei Schlussakkorden in den Jahren 1979 und 1980, die mit dem Abstand eines weiteren Jahrzehnts im Rückblick noch einmal besondere Schlaglichter auf die tragische Seite jener Konfrontationen zu werfen vermögen.

Der dafür gewählte Titel »Die 68er-Bewegung« mag aus bundesdeutscher Perspektive nicht nur geläufig, sondern vielleicht auch plausibel erscheinen, aus der anderer europäischer Länder

aber weniger einleuchtend sein und aus einer internationalen vielleicht überhaupt nicht. Denn alle Namensgebungen für jene Kumulation von Protestbewegungen, die sich zum Ende dieses Jahrzehnts hin wie in einem aktionistischen Großgewitter entluden, trugen spezifische Spuren des jeweiligen Landes, dem sie entstammten, und sind insbesondere dann anfechtbar, wenn mit ihnen ein transnational begründeter Anspruch in der Darstellung erhoben wird.

Weil 1968 ein so extrem zerrissenes, vieldeutiges, aber auch schillerndes Jahr war, gab es hierzulande von Anfang an eine große Unsicherheit in seiner Bezeichnung. Dem Oszillieren zwischen Namen wie Studentenbewegung, APO für außerparlamentarische Opposition, Revolte, Rebellion etc. ist man schließlich durch das Zitieren des Jahrgangs selbst aus dem Weg gegangen. Die Redeweise von »1968«, »den 68ern« oder gar »der 68er-Generation« ist jedoch alles andere als selbstverständlich. In den siebziger Jahren war sie von ganz wenigen Ausnahmen einmal abgesehen noch unbekannt, durchgesetzt hat sie sich erst zu Beginn der achtziger Jahre. Sie ist zunächst ein Distanz- und Kontrastetikett gewesen. Gebraucht wurde sie von den Sprechern einer neuen Jugendbewegung, den damaligen Hausbesetzern, die nicht länger mehr im Schatten der alten Bewegung stehen wollte. Die Chiffre »1968« ist insofern zunächst ein Versuch der Abstempelung, einer Distanzierung gewesen, die nur wenig mit den damaligen Ereignissen und deren Aktivisten zu tun hatte, aber von den Medien bereitwillig aufgegriffen wurde.

Als in dem vielen Beteiligten so aufregend anmutenden Jahr auch die Schüler und Lehrlinge von der Bewegung erfasst worden waren, hatten Beobachter und Kommentatoren die Bezeichnung ohnehin erweitert. Das Ganze nahm Züge einer neuen Jugendbewegung, ja einer spezifischen, mit Haschischgenuss, Pop-Musik und allerlei modischen Accessoires verbundenen Jugendrevolte an. Dies deckte sich jedoch wiederum nicht mit der Rolle einer APO, die zum Sammelbegriff für all jene geworden war, die sich an der Politik der damaligen Großen Koalition rieben und nach Reformen oder mehr riefen.

»68er-Bewegung« und »APO« sind in der Bundesrepublik jedoch beinahe Synonyme. Das, was als »68er-Bewegung« bezeichnet wird, hatte länger gedauert als nur das Jahr 1968. Und viele derjenigen, die zu den Beteiligten zählten, sind noch heute der Meinung, dass es eher angebracht sei, von einer »67er-Bewegung« zu sprechen, weil für sie der Aufbruch nach dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 wichtiger gewesen sei als alles, was danach noch folgte. Das, was hier andererseits mit »1968« gemeint ist, ging zwar über dieses eine Jahr hinaus, umfasste dennoch aber nur einen vergleichsweise kurzen Zeitraum. 1968 hat, um es als Paradox zu formulieren, von 1967 bis 1969 gedauert. Die APO war im Großen und Ganzen eine Parallelscheinung zur Großen Koalition, der von Kurt Georg Kiesinger als Kanzler angeführten Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. Die 68er-Bewegung war im Frühsommer 1967 eruptionsartig entstanden und im Spätherbst 1969 kaum weniger überraschend zerfallen. Man sollte daher insgesamt von einer Verlaufszeit von etwa zweieinhalb Jahren ausgehen.

So sehr sich eine Vielzahl von Transformationsprozessen nachzeichnen lässt, die in den siebziger Jahren zu neuen Bewegungen und Organisationen geführt haben, so wenig ist davon zu halten, einfach einen Bogen von 1967 bis 1977 zu schlagen und allgemein – wie das ein Kollege getan hat – von einem »roten Jahrzehnt« zu sprechen. Das verwischt die Grenzen zwischen höchst unterschiedlichen Aggregationen und vernebelt die ebenso widersprüchlichen wie komplexen Folgen, die die 68er-Bewegung nach sich gezogen hat. Auch die Rede von der »68er-Generation« ist eher eine rhetorische Figur, mit der die Feuilletons bei wechselnden Anlässen überschwemmt werden, die jedoch einer genaueren Überprüfung nicht standhält.

Noch ganz anders sieht es etwa in den USA oder in Frankreich aus, um nur zwei der exponiertesten Länder im Kanon der 68er-Bewegungen stellvertretend zu nennen. In den Vereinigten Staaten begann das ähnlich wie in Japan ja schon wesentlich früher. Zum einen gab es dort seit der Mitte der fünfziger Jahre die Bürgerrechtsbewegung, in der ja auch viele Studierende weißer Hautfarbe – ob bei den *Freedom Rides* oder den Kampagnen zur Wahlregistrierung – aktiv gewesen sind, zum anderen zeichnete sich seit 1964 eine Studentenbewegung ab, die sich von Kalifornien aus ausbreitete, im Zuge des Vietnamkrieges immer mehr in die Rolle einer politisch bedeutenden oppositionellen hineinwuchs, bevor sie schließlich in der alles beherrschenden und die divergierenden Bewegungsströmungen absorbierenden Anti-Kriegsbewegung aufging. In den USA spricht man deshalb ganz allgemein von den »Sixties« und nicht von »1968« oder irgendeinem anderen Jahrgang.

In Frankreich wiederum wird am ehesten vom »Mai« gesprochen, einer Kurzform für den »Pariser Mai«. Denn das, was sich damals in der französischen Hauptstadt abgespielt und nach nur wenigen Tagen an Massendemonstrationen das ganze Land erfasst und mit Fabrikbesetzungen

1 Eric Hobsbawm, *Das unwahrscheinliche Jahr*, in: *Magnum-Photos, 1968 – Ein Jahr, das die Welt bewegt*, Heidelberg 1998, S. 9.

weitgehend lahmgelegt hatte, spielte sich in nur wenigen Wochen ab, mit der Kernzeit in dem besagten Monat. Wegen dieser Konzentration auf einen begrenzten Zeitraum, die aber im Unterschied zu all den anderen vergleichbaren Ländern fast zu einem Machtumsturz und möglicherweise sogar zu einem Systemwechsel geführt hätte, machte es dort einfach keinen Sinn von einem einzelnen Jahrgang oder gar Jahrzehnt zu sprechen. Dafür ist das Zitieren des ohnehin so romantisch klingenden Monats einfach viel prägnanter.

Es würde nun zu weit führen, die Frage nach weiteren Benennungsvarianten in internationaler Hinsicht länderspezifisch weiter untersuchen zu wollen. In dem damit verbundenen zeithistorischen Zusammenhang dürfte von einer gewiss weitgehenderen Bedeutung die Frage sein, was die hier vom Darstellungsumfang so unterschiedlich gehandhabte Zeitspanne der Jahre 1960 bis 1966 gegenüber den drei weiteren, das Jahrzehnt abschließenden Jahrgängen 1967, 1968 und 1969 anbetrifft. Was sich in den nord- und südamerikanischen Ländern ebenso wie in Japan oder Südkorea beispielsweise erheblich anders darstellt, das ist in der Bundesrepublik und West-Berlin, das ja geopolitisch betrachtet zwischen 1945 und 1990 immer einen Sonderfall dargestellt hat, ebenso wie in den meisten der west- und osteuropäischen Länder vergleichsweise klar strukturiert. Die ersten sieben Jahre des Jahrzehnts stellen eine Vorzeit dar, die sich dann in den letzten drei Jahren auf eine ebenso außergewöhnliche wie unvorhersehbare Weise verdichteten. Fast war es so, als wäre man in den ersten Jahren des Dezenniums einer imaginären Route 68 gefolgt, die dann in ein unbekanntes Zentrum führte, in dem sich die unterschiedlichsten Strömungen des Protests miteinander kumulierten und potenzierten.

Die politischen und die ökonomischen, die sozialen und die kulturellen, ebenso wie die zum Teil auch religiösen und ethnischen Wurzeln, die die Protestbewegungen in dieser von einer europäischen Perspektive aus als »Vorzeit« betrachteten Phase besaßen, waren alles andere als einheitlich, obgleich ihre ökonomischen Rahmenbedingungen mitunter stark ähnelten, indem sie mit einem länger anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und einer Zunahme der Konsummöglichkeiten und auch des Wohlstands verbunden waren. Diese Differenzen mit all ihren Unterschieden im Hinblick auf Formen politischer Opposition, die Stärke oder Schwäche der organisierten, in der Regel gewerkschaftlich formierten Arbeiterbewegung, der Bedeutung von Studentenbewegungen waren letztlich nicht so ausschlaggebend, dass sie eine tendenzielle Vereinheitlichung in ihren Bewegungsformen, mehr noch aber in ihren -zielen hätten verhindern können. Auf die Ursache für diesen seit der Mitte der sechziger Jahre allenthalben zu beobachtenden Prozess einer zunehmenden Angleichung, partiell sogar Verschmelzung von Protestbewegungen wird noch genauer einzugehen sein.

Festzuhalten ist zunächst aber einmal, dass sich deren Vielgestaltigkeit in einem übertragenen Sinne wie bei einem Orchester, dessen Instrumentalgruppen erst einmal für sich geübt haben, um sich dann von einem bestimmten Zeitpunkt an immer mehr in den Gleichklang eines Ensembles einzufinden. Und das alles ohne einen Dirigenten, obgleich mit einigen theoretischen wie agitatorischen Stimmen, die den Ton anzugeben versucht haben.

*

Kommen wir nun zu den Schauplätzen, die in den sechziger Jahren in den Fokus gerückt worden sind. Sie waren über alle fünf Kontinente verbreitet, wenn auch mit höchst unterschiedlichen Gewichtungen. In den USA waren das zunächst einmal die Südstaaten, in denen sich seit dem Busstreik von Montgomery im Jahre 1955 der Kampf der Bürgerrechtler um Gleichberechtigung immer weiter ausgebreitet hatte, bevor dann Kalifornien mit der Studentenbewegung in Berkeley und der Hippie-Szene in San Francisco in den Vordergrund rückten, und im Februar 1965 mit dem Beginn der Flächenbombardements in Nordvietnam sich von den Universitäten des gesamten Landes ausgehend eine Antikriegsbewegung ausbreitete, deren Schlachten in der Folge in Washington, Chicago und New York ausgefochten wurden.

Die am längsten anhaltenden und am heftigsten ausgetragenen Konflikte spielten sich in den sechziger Jahren in Japan ab, einem Land also, das sich wirtschaftlich betrachtet auf einem eindrucksvollen Erfolgskurs befand, politisch aber wegen seiner sicherheitspolitischen Allianz mit den USA tief zerrissen war. Jedes Mal, wenn es um den kurz »Anpo« genannten japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag ging, spitzte sich die innenpolitische Lage zu und die im linken Dachverband *Zenkakuren* organisierten Studierenden fühlten sich jeweils dazu berufen, eine Vorreiterrolle zu spielen und in den Kämpfen um Gebäude wie das Parlament in Tokio oder besonders exponierten Türme

auf dem Gelände bestimmter Universitäten mit einer Militanz hervorzutreten wie sie eher einem Samurai ähnelte und für moderne Staaten beispiellos war.

Und was sich dann seit 1966 im China im Zuge der von Mao Tse-tung entfachten »Kulturrevolution« abspielte, stellte eine Massenmobilisierung dar, die wiederum mit ihren Millionen an Rotgardisten zumindest in quantitativer Hinsicht weltweit alles in den Schatten zu stellen vermochte. Doch es wäre ein großes Missverständnis zu glauben, dass das, was sich in Peking, Shanghai, Guangzhou und all den anderen Metropolen dort an Attacken auf missliebige Professoren, Lehrer, Kulturschaffende aller Art und nicht zuletzt auch Parteifunktionäre in Szene gesetzt wurde, mit den Protesten in anderen Ländern gleichgesetzt werden könnte. Denn es war eine von der Spitze des kommunistischen Staates aus initiierte und zumindest in Teilen orchestrierte Kampagne totalitären Ausmaßes, die mit den sonst üblichen Protestbewegungen weder in ihren Motiven, ihrer Funktion noch in ihren Formen etwas zu tun hatte.

Kein anderer Subkontinent ist in dem turbulenten Jahrzehnt so sehr von Konflikten bestimmt und von Widerstands- wie Protestbewegungen erfasst worden wie Lateinamerika, dessen Länder schon seit langem im Schatten der US-amerikanischen Politik standen. In den beiden größten Ländern Brasilien und Argentinien, wo sich seit 1964 bzw. 1966 rechtskonservative Militärdiktaturen an der Macht befanden, hatten es Studentenbewegungen und andere oppositionell eingestellte Gruppierungen und Organisationen besonders schwer. Auch in einem kleinen Land wie Uruguay, das über längere Zeit hinweg als ein Hort der Demokratie und als die »Schweiz Südamerikas« gegolten hatte, kam es infolge wirtschaftlicher und sozialer Probleme, die Präsident Jorge Pacheco Areco mit der Verhängung des Notstands zu lösen versuchte, zu einer starken Mobilisierung der Studentenschaft. Als das tragischste lateinamerikanische Land des Jahrzehnts erwies sich jedoch Mexiko, wo die Partei der Institutionalisierten Revolution im Oktober 1968 nur wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele ein Massaker an der vielleicht stärksten Studentenbewegung des gesamten Kontinents verübte und sie damit auf brutalste Weise abwürgte. Einen Sonderfall spielte Kuba, wo Fidel Castro mit seiner Guerillaorganisation *Bewegung 26. Juli* das Batista-Regime gestürzt und im Januar 1959 die Macht übernommen hatte. Da es den Nimbus einer »geglückten« Revolution innehatte, besaß es eine enorme Ausstrahlung auf fast alle oppositionelle Kräfte in Lateinamerika, aber auch darüber hinaus auf die meisten Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt sowie viele der europäischen und nordamerikanischen Studentenbewegungen, für deren Gruppierungen es kaum eine größere Auszeichnung gab, als eine Einladung von der Karibik-Insel zu erhalten. Kubas Rolle im Kontext der damaligen Aufbrüche bestand aber im Wesentlichen darin, im Januar 1966 die *Trikontinentale* als eine Art Internationale der Befreiungsbewegungen und ein Jahr später mit der *Organisation Lateinamerikanischer Solidarität* (OLAS) eine auf den Subkontinent beschränkte Koordinierung der Guerilla ins Leben zu rufen und damit den bewaffneten Kampf zu organisieren. In dieser Zeit spielte sich in Bolivien das Drama der von Ernesto »Che« Guevara angeführten Guerillagruppe ab, in die auch die aus der DDR stammende Tamara Bunke, Kampfname »Tania«, und der französische Guerillatheoretiker Régis Debray verstrickt waren. Die auf ihren Anführer angesetzte Stasi-Agentin starb und dem von Soldaten geschnappten Philosophen des bewaffneten Kampfes wurde der Prozess gemacht. Der einstige Präsident der kubanischen Nationalbank und Industrieminister wollte nach seinem Desaster im Kongo unbedingt einen erneuten Versuch starten, um die einmal entfachte Revolution weiter zu verbreiten. Nachdem er im Oktober 1967 von seinen Häschern gefasst und ermordet worden war, schien klar, dass sich das kubanische Modell offenbar nicht zur Übertragung auf das südamerikanische Festland eignete.

Kein anderer Kontinent hatte vom Prozess der Entkolonialisierung zunächst so sehr profitiert wie Afrika, andererseits aber auch so bitter für erste Ansätze einer staatlichen Unabhängigkeit bezahlen müssen. Das Land, in dem alle Hoffnungen innerhalb kürzester Zeit zunichte gemacht wurden, war der Kongo. Die Brutalität, mit der ein demokratisch gewählter Ministerpräsident wie Patrice Lumumba entführt und zusammen mit zwei seiner Minister umgebracht werden konnte, trieb empörte Studenten weltweit auf die Straßen. Ein anderer Problemfall war das von einem Apartheidregime beherrschte Südafrika, in dem sich der von Schwarzen gegründete *African National Congress* (ANC) verzweifelt darum bemühte, eine Gegenkraft, die die schwarze Mehrheitsgesellschaft repräsentierte, zu etablieren. Als mit Nelson Mandela ihr wichtigster Anführer nach dem im Juni 1964 zu Ende gegangenen Rivonia-Prozess für mehr als ein Vierteljahrhundert auf der Gefangeneninsel Robben Island verschwand, waren die Aussichten auf eine politische Veränderung des rassistischen Staates zunichte gemacht. Dennoch gab es auch hier eine eindrucksvolle Studentenbewegung, die

einen Besuch des New Yorker Senators Robert Kennedy in ihrem Kampf gegen die Apartheidsregierung unter Präsident Hendrik Frensch Verwoerd zu nutzen versuchte. Ganz anders war die Situation etwa im Senegal und in Äthiopien. Im Fall des in Westafrika gelegenen und 1960 unabhängig gewordenen Senegal war mit Léopold Sédar Senghor zwar ein hochgebildeter Präsident an der Macht, der aber mit seiner autokratischen Herrschaft eine Studentenrevolte an der Universität von Dakar auslöste, die er zunächst mit Gewalt niederschlagen und als ihm das misslungen war sie durch ein Nachgeben gegenüber den ebenfalls opponierenden Gewerkschaften zu isolieren versuchte. Nicht sehr viel anders war die Situation in dem in Ostafrika gelegenen Kaiserreich Äthiopien. Kaiser Haile Selassie hatte in der einstigen italienischen Kolonie zwar eine gewisse Modernisierung durchgeführt, andererseits jedoch vor allem von der jungen Generation geforderte Reformen in dem konservativ-*aristokratischen Staat* abgelehnt. Hier war es eine Schüler- und Studentenbewegung, die im Mai 1968 das erste Mal auf die Barrikaden ging und ein knappes Jahr später ein zweites Mal. Um die Proteste, die zur Gründung einer eigenen Befreiungsbewegung führen, zu ersticken, zögert der Monarch nicht so viele Tausende an Opponenten einzukerkern, dass sich das Land in einen Polizeistaat verwandelt. Auch unter dem sozialistischen Regime von Gamal Abdel Nasser waren im November 1968 in Ägypten heftige Studentenunruhen ausgebrochen. Dabei spielte der Einfluss der *Muslim-Bruderschaft* bereits eine große Rolle. Nasser versuchte die Unruhen zunächst zu verharmlosen, bevor er sich dazu entschloss, die Notbremse zu ziehen und einfach alle Universitäten und Hochschulen solange zu schließen, bis sich der Unmut wieder gegeben hatte.

Stärker noch als andere Kontinente war Europa durch den Kalten Krieg geprägt. Die westlichen und östlichen Länder waren zwar noch immer durch den »Eisernen Vorhang« voneinander getrennt, der Freiheitsimpuls war aber auch ohne dass es dafür eines eigenen Transfers von West nach Ost bedurft hätte, schon in Ländern wie Polen, Ungarn und der ČSSR lebendig. Dafür hatten literarische und andere kulturelle Anstöße wie etwa die Kafka-Konferenz von 1963 gesorgt, die einen intellektuellen Vorgriff auf das lieferte, was dann unter Alexander Dubček unter der Bezeichnung »Prager Frühling« in den Versuch mündete, Staat und Partei von oben zu reformieren. Im SED-Staat DDR war all so etwas spätestens seit dem Dezember 1965 nicht mehr möglich, weil auf dem sogenannten II. ZK-Plenum allen kulturellen Liberalisierungstendenzen in den Bereichen, Literatur, Theater, Film und Populärmusik ein Riegel vorgeschoben worden war.

Ein Sonderfall war dagegen das am Mittelmeer gelegene Jugoslawien, das sich schon am Ausgang der vierziger Jahre einen gewissen Freiraum gegenüber dem Stalinismus erobert hatte. Nun aber geriet das Regime unter der Herrschaft des Staatspräsidenten Marschall Josip Broz Tito, einem ehemaligen Partisanenführer unter Druck. Vorgeworfen wurden ihm seitens der in Belgrad aktiven Studierenden soziale Ungleichheit, eine hohe Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Erstarrung des politischen Lebens in der Bürokratie. Doch nachdem die Polizei mit großer Härte gegen die Protestierenden vorgegangen war, zeigte sich Tito außerordentlich flexibel und räumte ein, dass die studentischen Forderungen fast ausnahmslos berechtigt seien und die aufgezeigten Missstände ausgeräumt werden müssten. Durch dieses Nachgeben fiel die Revolte in der jugoslawischen Hauptstadt innerhalb kürzester Zeit in sich zusammen.

In den anderen Teilen Europas sahen die Dinge mit Ausnahme der Iberischen Halbinsel und Griechenlands unterschiedlich aus, weil es die für gesellschaftspolitische Veränderungen nötigen Freiheiten gab. So konnte sich in Frankreich eine radikale, in Nanterre entstandene Studentenbewegung soweit durchsetzen, dass sie dazu in der Lage war, auch an der Sorbonne in Paris Anhänger für ihre Anliegen zu gewinnen. Als dann das Regime unter Staatspräsident Charles de Gaulle versuchte, die Proteste durch eine rücksichtslos vorgehende Polizei zu unterdrücken, erreichte sie das glatte Gegenteil, indem sie die Gewerkschaften auf den Plan rief, die sich mit den Studierenden nicht nur solidarisierten, sondern zu einem Generalstreik aufrief, der zu Fabrikbesetzungen führte und das Land für einen Moment in eine tiefe politische Krise stürzte. Auch wenn es de Gaulle in letzter Sekunde noch einmal gelang, das Ruder herumzureißen, so schien dieses Beispiel aus dem Herzen der Europäischen Union zu zeigen, dass eine Studentenbewegung unter Umständen dazu in der Lage sein könnte, einen Machtumschwung herbeizuführen.

Auch in Italien verfügte die Studentenbewegung über eine außergewöhnliche Stärke. Nachdem sie zunächst in Rom, Mailand, Trient, Turin und vielen anderen Städten mehr durch Instituts- und Universitätsbesetzungen für Furore gesorgt hatte, entwickelte sich im Zuge von im Herbst 1969 ausgebrochenen autonomen Streiks der Arbeiterbewegung eine Phase von Kooperationen, die für die Regierung beinahe zur Gefährdung ihrer Macht hätten führen können, es aber dann doch nicht

getan haben. Selbst in einem stockkonservativen Land wie Großbritannien und seiner ausgeprägten Klassengesellschaft brodelte es an einzelnen Universitäten wie der in Leeds und Hochschulen wie etwa der *London School of Economics*. Den stärksten Eindruck hinterließen allerdings die großen Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, die zumeist zur US-Botschaft in der britischen Hauptstadt führten und an denen sich zuweilen Prominente wie die Filmschauspielerin Vanessa Redgrave und der Rockstar Mick Jagger beteiligten.

Doch auch in allen skandinavischen Ländern egal ob in Norwegen, Dänemark, Schweden oder Finnland kam es zu Protesten, am häufigsten wegen als unzureichend angesehener Reformen an den Universitäten oder im Bildungssektor und wie in den meisten anderen Ländern auch gegen den Vietnamkrieg. Insbesondere die schwedische Hauptstadt Stockholm spielte dabei eine besondere Rolle. Nicht nur weil sich ein Spitzenpolitiker wie der Bildungsminister und baldige Ministerpräsident Olof Palme an derartigen Demonstrationen beteiligte, sondern auch weil dort amerikanische GI's Unterstützung fanden, wenn sie desertieren wollten. Ein anderes herausragendes Beispiel sind die Niederlande, wo die *Provos* in der Mitte der sechziger Jahre in Amsterdam für eine ungewöhnliche Protestkultur sorgten, die sogar über einen gewissen Einfluss in der Kommunalpolitik verfügte. Aber auch hier war es insbesondere der Vietnamkrieg, der große Teile der jüngeren Generation auf die Straße trieb.

Eines der überraschendsten Phänomene war die Studentenbewegung in Spanien, die in der Konfrontation mit dem Franco-Regime unter ungleich schwierigeren Bedingungen antrat, es aber dennoch schaffte, ein solch mit diktatorischen Mitteln regiertes Land ein ums andere Mal in Verlegenheit zu bringen. Das lag vor allem daran, dass sie eng mit den in den *Comisiones Obreras* organisierten Zellen der Arbeiterbewegung kooperierte und dadurch einen sehr viel größeren Druck ausüben konnte. Ein anderer Sonderfall war Griechenland, wo am 21. April 1967 eine Militärjunta die Macht übernommen und mit harter Hand jeglichen Ansatz zu oppositionellen Protesten zu verhindern versucht hatte. Dennoch entstanden allen Repressionen zum Trotz zahlreiche Widerstandsgruppen gegen das Obristen-Regime.

*

Die größte Besonderheit dürfte allerdings in der Bundesrepublik zu verzeichnen gewesen sein. In der Schärfe der Konfrontation ebenso wie im Ausmaß ihrer Ausbreitung war die hiesige Studentenbewegung zumindest in Europa eine Ausnahmerecheinung. Und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen wegen des Ost-West-Konflikts als Rahmenbedingung, der Deutschland bekanntlich in zwei Staaten aufgespalten und dazu geführt hatte, dass der Kalte Krieg genau dieser Linie entlang verlief und zum anderen wegen der nur höchst unzureichend aufgearbeiteten NS-Vergangenheit und dem damit immer noch weitgehend ausgeblendeten Zivilisationsbruch, der alles andere an staatlich begangenen und im Namen eines Volkes legitimierten Verbrechen in den Schatten stellte.

Unter diesen Voraussetzungen war es alles andere als Zufall, dass sich die Radikalisierung der Studierenden und anderen Teilen der jüngeren Generation zuerst und am schärfsten im damaligen West-Berlin abgespielt hat. In der geopolitischen Abkapselung entstand eine eigene Studentenbewegung und aus ihr heraus etablierte sich wiederum ein ganz spezifisches Milieu, eine linksradikale Szene wie sie nirgendwo sonst zu finden war. Von entscheidender Bedeutung ist dabei ganz gewiss das Koordinatensystem des Kalten Krieges gewesen: West-Berlin war eine Insel im Ostblock.

In dieser Stadthälfte drückte sich wie an keinem anderen Ort sonst sowohl die deutsche Teilung als auch der Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus. Da hier beide Machtblöcke unmittelbar aufeinanderprallten, stand die westliche Stadthälfte politisch und kulturell wie unter Strom. Alle wichtigen Fragen, insbesondere solche weltanschaulicher Natur, waren hochgradig aufgeladen. Wer zu jener Zeit in West-Berlin lebte, der musste offenbar Position beziehen. Eine unentschiedene ausweichende Haltung zu den brennendsten Problemen konnte sich kaum jemand leisten. Für die große Mehrzahl der Bevölkerung hieß das allerdings Antikommunismus. Das galt für Christdemokraten ebenso wie für Sozialdemokraten. Gegen diese Haltung begann ein Teil der jüngeren, insbesondere der akademischen Generation zu rebellieren.

All dies schlug sich auch im besonderen Charakter der Freien Universität nieder. Sie ging 1948 aus einem Konflikt mit den östlichen Machthabern hervor und beanspruchte schon von ihrem Namen her, eine Antithese zur Erziehungsdiktatur des sozialistischen Staates zu sein. Insofern symbolisierte sie einen weltanschaulichen Anspruch, den es – wenn nicht einzulösen – so zumindest

hin und wieder zu überprüfen galt. Die akademische Institution verkörpert wie keine zweite den Wertekodex des sogenannten freien Westens. Die in einer beschaulichen Umgebung im Stadtteil Dahlem angesiedelte Universität lag in Wirklichkeit an einer ideologischen Front.

Nicht zufällig wurden die uneingelösten Werteimplikationen ihrer Gründung in dem Moment virulent, als die USA 1965 dazu übergingen, in Vietnam einen offenen Krieg zu führen. Die antikommunistische Rechtfertigung dieses Einsatzes, der schließlich über ein Jahrzehnt anhalten sollte, ging mit einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust einher. Der Garant westlicher Freiheit erschien plötzlich selbst als eine imperiale Macht, die auch vor der Unterdrückung eines armen südostasiatischen Volkes nicht zurückschreckte. Diese Desillusionierung bildete zusammen mit der Unaufrichtigkeit der älteren Generation gegenüber der NS-Vergangenheit, dem Mangel einer parlamentarischen Opposition nach der Koalitionsbildung von Christ- und Sozialdemokraten in Bonn und der Furcht vor der Inauguration eines neuerlichen autoritären Staates mittels der Notstandsgesetze ein Gemisch grundsätzlicher Zweifel an der Verfasstheit des westlichen Demokratie Modells.

Die von Ende 1966 bis zum Herbst 1969 existierende APO war zumindest rein zeitlich betrachtet eine Parallelerscheinung zur Großen Koalition. Politisch entstand sie als Gegenbewegung zur Elefantenhochzeit auf Bundesebene, wenngleich ihr Horizont weit darüber hinausreichte. An ihrem Ursprung stand die Kurzschließung der Interessen zwischen den maßgeblichen Regierungs- und Oppositionsparteien, an ihrem Ende eine neu formierte innerparlamentarische Konfliktkonstellation. Obwohl die Motive, die in der APO zum Tragen kamen, zu vielfältig sind, als dass sie auf einen Nenner gebracht werden könnten, so ist die erste große Koalition in dieser Republik für sie doch weitaus mehr als ein bloßer Geburtshelfer gewesen.

Mit ihr aktualisierte sich ein in der Linken tiefsitzendes Trauma, die Furcht vor einer gleichgeschalteten Gesellschaft. Jeder, der in der Nachkriegszeit aufgewachsen war, konnte wissen, wie hermetisch die politische Verdrängung des Nationalsozialismus funktionierte. Elternhaus und Schule, Universität und Wissenschaft, Justiz und Verwaltung, Staat und Industrie, Kirchen, Gesundheitsfürsorge, Vereinswesen – die gesellschaftlichen Institutionen insgesamt standen nur allzu spürbar unter den Folgewirkungen eines Latenzzusammenhanges, dessen absorbierte Gewaltförmigkeit wie eine stumme, selten aufbrechende Bedrohung erlebt wurde. Die Verheißungen des Wirtschaftswunderlandes schienen durch Tabuisierungen erkaufte zu sein, die die private wie die öffentliche, die politische wie die kommerzielle Sphäre gleichermaßen durchzog. Die Republik stand im Schatten einer unbewältigten, nicht einmal artikulierten Vergangenheit. Und die Legitimationskraft eines parlamentarischen Systems, das unter der Kanzlerschaft Adenauers von dessen Kritikern nicht grundlos als »CDU-Staat« bezeichnet wurde, erschien als überaus brüchig. Waren nicht Hans Globke, der die Nürnberger Gesetze mitverfasst hatte, als Staatssekretär, der ehemalige Obersturmbannführer Theodor Oberländer als Minister und Ex-General Reinhard Gehlen als Chef des Bundesnachrichtendienstes nur allzu deutliche Beispiele für die Präsenz einer Vergangenheit, die nicht wirklich von der historischen Bühne abtreten wollte? Das Misstrauen gegen einzelne staatliche Funktionsträger, das durch eine Affäre nach der anderen wachgehalten wurde, steigerte sich schließlich durch ein Gesetzesvorhaben zur Angst vor dem Staat als Ganzem.

Mit der von den Unionsparteien zielstrebig verfolgten Notstandsgesetzgebung schien sich die Gefahr einer umfassenden autoritativen Neuformierung zu konkretisieren. Das Gesetzesinstrumentarium wirkte wie geschaffen, um mit verfassungsrechtlichen Mitteln den Ausnahmezustand definieren und das Parlament ausschalten zu können. In der Aussicht, dass ein solches Vorhaben einmal Wirklichkeit werden könnte, wurde das alte Trauma wieder wach. Bestand das Verhängnis des deutschen Parlamentarismus noch gerade darin, dass die Nazis es vermocht hatten, ihre Herrschaft ohne formalen Verfassungsbruch, nämlich durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, anzutreten. Wesentlich dramatisiert wurde dieser Vorgang noch durch den Umstand, dass sich im Bundestag keine klare Opposition gegen dieses Vorhaben artikuliert. Die SPD, die Adenauers Kurs der Westintegration schließlich doch nachvollzogen hatte, näherte sich auch in der innenpolitisch bedeutsamsten Frage mehr und mehr der CDU/CSU an.

*

Doch lösen wir uns etwas von der Bezugnahme auf das eigene Land sowie die damit verbundene Konzentration auf West-Berlin und kommen nach der Entfaltung der wichtigsten Schauplätze noch einmal auf die Gesamtperspektive zurück. Das Schlüsselland für die gesamte Dekade waren zwei-

felsohne die Vereinigten Staaten und zwar im Positiven wie im Negativen. Im Kontext der dortigen Bürgerrechtsbewegung, die im August 1963 mit ihrem Marsch auf Washington ihren Höhepunkt erreichte, und der Studentenbewegung in Berkeley, die im Oktober 1964 mit ihrem *Free Speech Movement* so etwas wie die Mutter aller radikal-demokratischen Protestbewegungen an den Universitäten wurde, entwickelte sich mit Sit-ins, Go-ins und Teach-ins eine ganz eigener Formenkatalog, der in unzähligen Ländern adaptiert und in der Verschmelzung von Handlungs- und Öffentlichkeitselementen zu einem neuartigen Modus des Protests gemacht wurde. Zumindest in dieser Hinsicht schienen die USA in Kombination mit der Etablierung von Gegenkulturen in einem wortwörtlich zu nehmenden Sinne vorbildlich zu sein.

In einem andere Sinne jedoch war die Supermacht des Westens, der auch insbesondere die Bundesrepublik Deutschland Freiheit und Demokratie zu verdanken hatten, die Negativfigur schlechthin, das primäre Hassobjekt bei den international auf eine geradezu inflationär zunehmenden Demonstrationen und Protestaktionen. Und der Hauptgrund dafür bestand darin, dass die USA meinten, in einem kleinen südostasiatischen Land ein Bollwerk gegenüber dem Kommunismus zu errichten und deshalb Nordvietnam mit einem jahrelangen Bombenkrieg heimsuchen zu müssen, der für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beispiellos war und keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen bereit war. Der Vietnamkrieg, der vom Zielland der Attacken einmal abgesehen auf den größten Protest und Widerstand in den Vereinigten Staaten selbst stieß, war in den sechziger Jahren auf allen Kontinenten der große Konflikt- und zum Teil auch Brandbeschleuniger. Zugleich war er aber auch der umfassende Synchronisator von Protestbewegungen in all ihrer Heterogenität. Die einzelnen Strömungen gewannen erst durch ihn eine gemeinsame Grammatik des Protests, die es ihnen ermöglichte, einen enormen Zuwachs an Präsenz und Durchschlagsfähigkeit zu erringen.

Doch noch etwas anderes, kaum weniger Gewichtiges kommt hinzu. Denn der Vietnamkrieg war zugleich auch das große Einfallstor für eine grundlegende Kritik am *American Way of Life* – am Modell eines Wirtschaftswunderlandes, das auf der Macht der großen Konzerne basierte, in dem alles auf die Bereitschaft zu Produktivität, Leistung, und Massenkonsum sowie der Kompensation des Arbeitslebens durch Unterhaltungsindustrie und Freizeitvergnügungen abgestellt war. Und diese Generalkritik am amerikanischen Lebensstil wurde ebenfalls zuerst und besonders ausgeprägt in den Vereinigten Staaten selbst artikuliert; sie griff jedoch auf alle westlich geprägten Industriegesellschaften über. Und zwar insbesondere in jenen Ländern, die wie Deutschland, Italien und Japan im Zweiten Weltkrieg besiegt worden waren und sich nun in der Radikalität ihrer gegen die einstige Siegermacht gerichteten Vorwürfe nicht überbieten lassen wollten.

Und zumindest für diese drei Länder galt, dass die Attacken auf die USA von einer grundsätzlichen Doppelbödigkeit bestimmt waren. Denn in ihrer Maßlosigkeit wurde das gesamte Nachkriegsmodell neu aufgebauter Demokratien in Frage gestellt. Am härtesten und am umfassendsten wohl in Japan, wo es den Studenten ja ein ums andere Mal gelang, linke Parteien und Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern in ihre anti-amerikanischen Proteste miteinzubeziehen. Die Radikalität dieser sich über Jahre hinweg wiederholenden Massenproteste lässt sich kaum ohne die Annahme erklären, dass es in all diesen Kämpfen zugleich auch um ein ganz nationales Motiv ging – auf diesem Wege die Schmach, von den USA militärisch besiegt worden zu sein, endlich wieder loszuwerden.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte allerdings auch die Tatsache, dass die drei auf John F. Kennedy, Martin Luther King und Robert Kennedy verübten Attentate nie völlig aufgeklärt werden konnten. Sie schufen in den USA eine Kultur des Misstrauens, deren Quellen nie wieder versiegen sollten. Die Zweifel, ob der Staat überhaupt dazu in der Lage sei, Sicherheit, Recht und Ordnung zu garantieren, wuchsen und trugen erheblich mit dazu bei, Politik, Polizei, Justiz, Militär und Geheimdiensten skeptisch bis ablehnend entgegenzutreten. Allein die Nennung der Organisationskürzel CIA und FBI reichte in vielen Fällen dazu aus, massive Abwehreffekte zu mobilisieren. Und kaum anders war das im Ausland, wo insbesondere unter anti-imperialistisch oder gar per se anti-amerikanisch eingestellten Gruppierungen der US-Geheimdienst oder die von J. Edgar Hoover seit Jahrzehnten geleitete Bundespolizei als Inbegriff des Bösen galten.

*

Wohl kein anderer Vorgang hatte die Nachkriegszeit stärker geprägt als die Entkolonialisierung. Er war durch die Neuaufteilung der Welt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie des damit ein-

hergehenden Machtverlusts einst so dominanter Kolonialstaaten wie Großbritannien, Frankreich, Belgien und Portugals möglich geworden und betraf mit dem 1947 in seine Unabhängigkeit entlassenen (und gleichzeitig gespaltenen) Indien und dem ihm 1949 folgenden Indonesien Teile des asiatischen Subkontinents, es betraf auch kleinere Teile Südamerikas, vor allem aber den afrikanischen Kontinent, der in seiner Gesamtheit von einem Prozess der Unabhängigkeitswerdung ehemaliger Kolonien und ihrer Umwandlung in Nationalstaaten erfasst worden war und für den 1960, in dem nicht weniger als 17 neue Staaten gegründet worden waren, als das Schlüsseljahr gilt. Zwischen 1945 und 1975 erlangten nicht weniger als fünfzig Kolonien ihre formale Unabhängigkeit.

Da diese Ablösungs- und Transformationsprozesse keineswegs reibungslos über die Bühne gingen und nur zu häufig mit erbittert geführten und sich zuweilen über viele Jahre hinziehenden kriegerischen Auseinandersetzungen einhergingen, entstand neben den beiden anderen weltpolitischen Hauptthemen – der Blockkonfrontation zwischen Ost und West sowie den aus der zunehmenden atomaren Aufrüstung resultierenden Gefährdungen – eine Sphäre eruptiver Gewalt. Da die antikolonialistischen Befreiungskriege im Gegensatz zu den Abwehrschlachten der alten Kolonialmächte in ihrer großen Mehrzahl positiv konnotiert waren und zumeist auch durch die Entlassung in ihre jeweilige nationale Unabhängigkeit von Erfolg gekrönt wurden, setzte sich unter linken Oppositionellen weltweit der Eindruck durch, dass dieser Prozess nicht nur moralisch und politisch gerechtfertigt, sondern auch in gewisser Weise soziohistorisch determiniert sei.

Unter dem Eindruck eines seit den fünfziger Jahren immer weiter eskalierenden Algerienkrieges, dessen Terroraktionen zu Beginn der sechziger auch mehr und mehr Paris erreichten, einer gefährdeten Dekolonisierung, bei deren Unterminierung man im Kongo selbst vor der Entführung und Ermordung des demokratisch gewählten Ministerpräsident Patrice Lumumba nicht zurückgeschreckt war, hatte der Philosoph und Dramatiker Jean-Paul Sartre 1961 ein Vorwort zu einem Buch verfasst, dessen Titel der Anfangszeile der Kommunistischen Internationale entliehen war und das bald als »antikolonialistisches Manifest« bezeichnet wurde: Frantz Fanons »Die Verdammten dieser Erde«.² Wie ein düsteres Omen wirkte der tragische Sachverhalt, dass der Band genau an jenem Tag erschien, als sein Autor in New York an Leukämie starb. Der aus Martinique stammende Psychiater, der jahrelang eine Klinik in Algerien geleitet hatte, beschrieb darin den Kolonialismus als brutalste Form der Ausbeutung. Um dieses Joch abzuschütteln, so argumentierte er, bedürfe es der offensiven Gewalt. Diese sei jedoch nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern zugleich ein Medium der Emanzipation. Fanon glaubte, dass Gewaltanwendung die Kolonisierten gar von ihrem Minderwertigkeitskomplex befreien könne.

Sartre wiederum griff nun diese Apotheose der Gewalt auf, sprach, Engels zitierend, von einer »Geburtshelferin der Geschichte« und verspottete im Gegensatz dazu die liberalen Verfechter der Gewaltlosigkeit, die angeblich weder Opfer noch Henker sein wollten, als Anhänger einer verlogenen Ideologie. Die antikoloniale Gewalt, die nicht unterdrückt werden könne, sei »nichts weiter als der sich neu schaffende Mensch«. Seine Identifikation mit dem Befreiungskampf der Kolonisierten nahm dabei durchaus masochistische Züge an: »Einen Europäer erschlagen heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrigbleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.«³ Wohl nie zuvor hatte ein weltbekannter linker Intellektueller, ein der Aufklärung verpflichteter Philosoph, der mit vielen seiner noch während des Krieges verfassten Dramen eine politische Moral und einen Freiheitswillen zum Ausdruck gebracht hatte, so schonungslos mit dem Kolonialismus abgerechnet und der »Gewalt der Unterdrückten« das Wort geredet.

Als 1966 die deutsche Übersetzung des Bandes erschien, konzentrierten sich die stärksten Hoffnungen der radikalen Studenten noch auf Lateinamerika. Hier gab es mit Kuba das Beispiel einer scheinbar erfolgreichen Revolution und mit den Operationen von Guerillakämpfern in Bolivien und Venezuela zeitweilig die Aussicht auf ein Übergreifen des revolutionären Prozesses auf den südamerikanischen Kontinent. Mit Elementen der Imperialismustheorien von Luxemburg, Lenin und Bucharin versuchte man im SDS zur selben Zeit den Nachweis zu erbringen, dass die Kapitalakkumulation auch in den Entwicklungsländern zur Proletarisierung führen müsse. Absicht war es, einen ökonomischen Rahmen zu skizzieren, der die Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten und die Oppositionsbewegungen in der Ersten Welt in einem global gedachten Revolutionskonzept miteinander verband.

Seitdem es Fidel Castro mit seiner *Bewegung 26. Juli* um die Jahreswende 1958/59 gelungen war, das diktatorische Batista-Regime zu stürzen und eine Revolution durchzuführen, stand die

Karibikinsel im Zentrum linker Wunschträume und zum Teil auch Projektionen. Diese Wunschfantasien hatten im Januar 1966 mit der Gründung einer *Tricontinentale*, einer Art Internationale von Befreiungskämpfern der Dritten Welt, konkrete Gestalt angenommen. Mit dem Namen waren allerdings nicht einfach die Länder der Dritten Welt insgesamt gemeint, sondern lediglich die drei, genauer gesagt sogar nur zweieinhalb Kontinente: Afrika, Asien und Lateinamerika. Nordamerika war aus dieser antikolonialen Perspektive ebenso uninteressant wie Australien oder gar Ozeanien. Aus den unterschiedlichsten Ländern hatten radikale Linke nun damit begonnen, nach Kuba zu pilgern – entweder um dort ein erfolgversprechendes Revolutionsmodell zu studieren oder aber um materielle Unterstützung für die Auseinandersetzungen in den eigenen Ländern zu erhalten.

Zur selben Zeit wurde in Köln von SDS-Mitgliedern ein Verlag gegründet, in dem die wichtigsten Schriften der Befreiungsbewegungen und ihrer Theoretiker veröffentlicht werden sollten: der Trikont-Verlag. Hier wurde 1968 auch die deutsche Ausgabe von Che Guevaras berühmtem »Bolivianischen Tagebuch« publiziert, eine Art Vermächtnis der ein Jahr zuvor ermordeten Ikone aller Guerillakämpfer. Gleichzeitig setzte in den größeren SDS-Gruppen eine Gründungswelle ein; es entstanden eigene *Trikont*-Gruppen, die die Aufgabe hatten, Solidaritätsaktionen mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu organisieren.

Im Zuge der weiteren Eskalation des Vietnamkrieges hat schließlich der *Vietcong* die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen in ihrer Vorbildfunktion mehr und mehr zu ersetzen vermocht. Es waren führende SDS-Mitglieder wie Jürgen Horlemann, Peter Gäng und der Frankfurter Bundesvorsitzende Reimut Reiche, die einige der wichtigsten Analysen des Vietnamkrieges vorlegten. Der Krieg, den die Großmacht USA in Südvietnam angeblich im Namen der Freiheit ausfocht, war mehr als nur eine Tausende von Kilometern entfernte Hintergrundkulisse – er war in den Köpfen der 68er allgegenwärtig. Und die Tatsache, dass sich ein in seiner persönlichen Integrität unbeschadeter Politiker wie der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt während seiner gesamten, beinahe drei Jahre dauernden Amtszeit kein einziges Mal von den in Vietnam Tag für Tag begangenen Kriegsverbrechen distanzierte, verriet wie eingebunkert und unbeweglich die Bundespolitik jener Tage war.

Umso unerbittlicher und monströser klangen zur selben Zeit die Schlachtrufe bundesdeutscher Demonstranten: »USA – SA – SS«, »Amis raus aus Vietnam!«, »Waffen für den Vietcong«, »Schafft zwei, drei, viele Vietnam!« Wie mit einem fernen Donnerrollen hallten die Parolen nach, die zwischen 1965 und 1975 durch die Straßen vieler bundesdeutscher Universitätsstädte schollen. Insbesondere das unablässig wiederholte »Hò, Hò, Hò-Chí-Minh« hat sich in der Erinnerung wie ein stakkatohafter Schlachtruf eingepreßt. Mit der Skandierung dieses Namens, des Namens des bereits im September 1969 verstorbenen vietnamesischen Staatspräsidenten, nach dem heute noch die frühere südvietnamesische Hauptstadt Saigon benannt ist, vollzog sich eine Dynamisierung der Demonstrationsform.

Die Identifikation der anfangs radikaldemokratischen, später linksradikalen Studierenden mit dem Abwehrkampf der Vietnamesen besaß einen Doppelcharakter. Zum einen ging es um die Unterstützung von Friedensbemühungen, die Initiierung öffentlicher Kampagnen zur Beendigung der US-Militärintervention, zum anderen ging es jedoch um die Propagierung eines vermeintlich revolutionären Kampfes im eigenen Land. An der Seite der vietnamesischen Befreiungsfront zu kämpfen, die Tag für Tag zeigte, dass selbst die Vereinigten Staaten als die stärkste Militärmacht der Welt nicht in der Lage waren, den *Vietcong* zu besiegen, schien ein Wunsch für die globale Überhöhung dessen zu sein, was als Klassenkampf im eigenen Land firmierte. Große Teile des SDS hatten sich zweifelsohne als Teil eines solch globalen Befreiungskampfes gesehen.

*

Weil die 68er-Bewegung so sehr zwischen Politik und Kultur changierte, rückte ein Ausdruck ins Zentrum, der dieses Spannungsverhältnis auszuloten und für eine Verbindung beider Sphären zu stehen schien: der Begriff »Kulturrevolution«. Die Bezeichnung, die auf das China Mao Tse-tungs zurückgeht, ist bis auf den heutigen Tag eine Chimäre geblieben, auf eine merkwürdige Art und Weise abgründig schillernd und unwirklich zugleich. Kein anderes Schlagwort bringt den eigentümlichen Zwiespalt, ja die Doppelbödigkeit der 68er-Bewegung stärker zum Ausdruck als das von der »Kulturrevolution«. Denn die Adaption einer von einer totalitären Staatspartei durchgeführten Säuberungskampagne im Sinne eines vermeintlich sozialrevolutionären Projekts war mehr als nur ein Missverständnis. Hinter all den das Alltagsleben angeblich revolutionierenden Aktionen verbar-

2 Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt am Main 1966.

3 Jean-Paul Sartre, Vorwort zu: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt am Main 1966, S. 18.

gen sich starke Ambitionen zur Machtergreifung durch eine umfassende Mobilisierung der Jugend. Die Faszination für die fernöstliche Massenbewegung verriet zudem ungewollt auch einen von den Kerngruppen der 68er-Bewegung verkörperten Machtanspruch. Allein ein Blick in die Tagespresse der Jahre 1966/67 hätte zur Vorsicht bei der Begeisterung für die maoistischen Rotgardisten mahnen müssen. Schließlich war ihre von Mao Tse-tung initiierte Mobilisierung mit zahllosen Gewaltexzessen gegen Universitätslehrer, Intellektuelle sowie missliebige Parteiangehörige verbunden und legte die chinesischen Universitäten ein Jahrzehnt lang weitgehend lahm.

Die Begeisterung für die Kulturrevolution war in West-Berlin bereits einige Zeit vor Beginn der eigentlichen Studentenbewegung in Erscheinung getreten. Im November 1966 hatte eine Gruppe von Studenten, die sich als Maoisten bezeichneten und dem SDS zugerechnet wurden, eine Diskussionsveranstaltung mit dem Rektor der Freien Universität, dem Soziologen Hans-Joachim Lieber, gesprengt. Diejenigen, die sich Mao-Buttons ans Revers gesteckt und für Wirbel gesorgt hatten, waren jedoch keineswegs mit den üblichen Anhängern einer kommunistischen Partei zu verwechseln, sondern eher mit Anarchisten zu vergleichen. In Wirklichkeit war es der Vortrupp der *Kommune I*, der sich am Vorbild von Maos Roten Garden orientierte. Indem Rotgardisten und Anarchisten ein Amalgam bildeten, wurden bereits beim ersten spektakulären Auftreten von Mao-Anhängern die Grenzen zwischen Macht und Anti-Macht, zwischen Staat und Anti-Staatlichkeit, zwischen Dirigismus und Selbstbestimmung verwischt.

Die von Mao im Frühjahr 1966 initiierte Kulturrevolution sollte angeblich dazu dienen, die versteinerten Strukturen der Staats- und Parteibürokratie durch die Mobilisierung der jugendlichen *Roten Garden* aufbrechen zu lassen, in Wirklichkeit jedoch war diese Bewegung ein machtpolitisches Instrument des »Großen Vorsitzenden«, um sich seiner gefährlichsten politischen Gegenspieler, der wesentlich pragmatischer orientierten Liu Shaoqi und Deng Xiaoping, des Staatspräsidenten und des Parteisekretärs, zu entledigen. Zugleich sollte damit das Debakel, zu dem eine andere von Mao initiierte Massenkampagne geführt hatte, die des »Großen Sprungs nach vorn«, die Millionen von Chinesen das Leben gekostet hatte, kompensiert werden.

Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution versammelten sich am 18. August 1966 eine Million Rotgardisten auf dem Pekinger Tienanmen-Platz, dem zentralen Ort kommunistischer Massenkundgebungen, und schwenkten mit dem kleinen, in Plastik eingebundenen »Roten Buch«, der sogenannten Mao-Bibel. Als Mao Tse-tung die Versammelten begrüßte, wurde ihm von einer Mittelschülerin als Zeichen der Ergebenheit eine rote Armbinde angelegt. Damit war seine Rolle als Großer Vorsitzender ein weiteres Mal besiegelt. Der Führerkult war schier grenzenlos. Überall waren die Konterfeis des Angehimmelten zu erkennen – auf Plakaten, Ansteckern und Knöpfen. Anschließend rief mit Lin Biao sein designierter Nachfolger dazu auf, alle überholten Kulturgüter zu vernichten.

Das war das Startsignal für einen als kulturrevolutionär ausgegebenen Krieg gegen alle Insignien und Repräsentanten der Alten Welt. Bereits einen Tag später erschienen in Peking und kurz darauf im ganzen Land Wandzeitungen, auf denen gefordert wurde, alles, was kapitalistisch, feudalistisch, reaktionär oder revisionistisch sei, auszulöschen. Unter dem Motto, die »Vier Alten Elemente« – alte Ideen, alte Kulturen, alte Sitten, alte Gebräuche – auszuradieren, begann ein beispielloser Krieg gegen traditionelle Formen der Kultur. Rotgardisten drangen in Peking in Theater, Opernhäuser und andere städtische Einrichtungen ein, verwüsteten die Innenräume, schafften kulturelle Objekte beiseite, um sie in den Konfuzius-Tempel zu transportieren und dort im Hof zu verbrennen. Die Angriffe richteten sich gleichzeitig gegen prominente Kulturschaffende. Dreißig von ihnen wurden mit Requisiten misshandelt und mit Tinte übergossen, außerdem wurden ihnen zum Zeichen der Verachtung die Köpfe kahlgeschoren. Am übernächsten Tag fand man den Leichnam des Schriftstellers Lao She in einem See. Er soll in Folge der Demütigungen und Misshandlungen Selbstmord begangen haben und war vermutlich eines der ersten Todesopfer, die die Kulturrevolution unter den Gebildeten gekostet hatte.

Wichtige Zielscheiben der Angriffe waren außerdem religiöse Stätten, in erster Linie des Buddhismus, aber auch des Islams, des Christentums und der russisch-orthodoxen Kirche. Überall im Lande wurden Einrichtungen wie Tempel, Klöster und Moscheen, Kulturstätten wie Theater und Museen, aber auch Gräber, Statuen und Denkmäler beschädigt oder zerstört. In den Lücken, die die Verwüstungen hinterließen, wurden zumeist Mao-Porträts oder -Büsten aufgestellt. Mit der Ikone der Kulturrevolution sollte der Platz, den die gestürzten Götter hinterlassen hatten, ausgefüllt werden. Mao vereinigte alle Autoritäten auf sich und wurde in revolutionären Liedern als »Großer Lehrer«, »Großer Führer«, »Großer Oberbefehlshaber« und »Großer Steuermann« zugleich besungen.

Eines der typischsten Mittel zur Diskriminierung und Schikanierung der vermeintlichen politischen Gegner waren sogenannte Kampf- und Kritiksitzungen der Rotgardisten. Auf einer der ersten wurden mehrere Dutzend Universitätslehrer gedemütigt, körperlich misshandelt und anschließend mit großen Plakaten, auf denen sie vielfacher revisionistischer Vergehen bezichtigt wurden, durch die Straßen getrieben. Diese Praxis, die einer Hexenjagd gegen »Klassenfeinde« glich, wurde bis in die entlegensten Provinzen hinein zum Normalfall mit all ihren, für die Schicht der Gebildeten verheerenden Folgen.

Entscheidende Voraussetzung für die Hinwendung zum kommunistischen China war in der bundesdeutschen Linken wie in der vieler anderer Länder die Hoffnung, sich mit dieser Wahl unter den verschiedenen Spielarten des Kommunismus das stalinistische Debakel ersparen zu können. Die Oktoberrevolution kam als Modell jedoch nicht nur wegen der unter Stalin begangenen Verbrechen nicht mehr in Frage, sondern auch weil die Sowjetunion Großmacht geworden und ihr revolutionärer Anspruch unter einer Partei- und Staatsbürokratie erstarrt zu sein schien. Weil der sowjetische Weg versperrt war, suchte man sich einen Ausweg in einer seinerzeit Aufsehen erregenden Variante des Fernen Ostens. Im Unterschied zur UdSSR schien in der Volksrepublik China der revolutionäre Elan noch nicht ermattet und die Aussicht auf eine Weltrevolution noch nicht verflogen zu sein.

Unter all den Kampagnen mit so scheinbar verlockenden Namen wie »Großer Sprung nach vorn« und »Lasst hundert Blumen blühen!« trat mit der »Großen Proletarischen Kulturrevolution« zum rechten Zeitpunkt ein Massenphänomen auf den Plan, das wegen drei verschiedener Aspekte die Fantasie anstachelte: es handelte sich um eine überaus dynamische Jugendbewegung, sie richtete sich gegen überholte kulturelle Traditionen wie etwa den Konfuzianismus sowie die Bürokratien universitärer Institutionen und sie besaß alle Insignien eines revolutionären Prozesses – sie war begeisternd, sie war auf Permanenz eingestellt und sie war auch für jene mitreißend, die ursprünglich zauderten. Diese verlockenden Eigenschaften machten die Bewunderer in der Ferne blind gegenüber allen abstoßenden Elementen: der Brutalität, mit der die Rotgardisten vorgingen, dem Führerkult, dem sie in der Person Maos ganz offensichtlich verfallen waren und dem von Anfang an gehegten Verdacht, dass es bei der Mobilisierung der jugendlichen Massen um ganz andere Ziele als den Abbau von Bürokratie und die Verhinderung einer Konterrevolution gehen könnte.

Außerdem gab es bei allem Fanatismus einen Gesichtspunkt, der nicht explizit benannt wurde, aber von jedem unabhängigen Beobachter leicht erkannt werden konnte: Die Intellektuellenfeindschaft. Sie galten als die Verkörperung kultureller Klassenherrschaft und waren daher so etwas wie der Erzfeind. Im Gegensatz zu ihnen wurden die Bauern idealisiert. Und es war ganz zwingend, dass die mit Hass und Misstrauen betrachteten Gebildeten aufs Land geschickt wurden, um dort umerzogen zu werden. Die Landarbeit galt als die vertrauensbildende Maßnahme schlechthin. Die Tatsache, dass bundesdeutsche Studenten und Intellektuelle, die Exerzitien der chinesischen Intellektuellenfeindschaft nicht nur gut hießen, sondern sie bewunderten und als vorbildlich propagierten, wirkt wie ein einziger großer Widerspruch. Möglicherweise aber stellt gerade dieses Moment, zu dem ganz unweigerlich ein hohes Maß an Selbsthass, ja Masochismus gehörte, einen der wichtigsten Schlüssel dar, um die innere Dynamik der 68er-Bewegung zu begreifen.

Das naive Bild von einer mit jugendlichem Elan getragenen revolutionären Entschlossenheit wurde schließlich von allen konkreten Gegebenheiten des maoistischen Chinas abgelöst und auf Gesellschaften völlig anderen Typs übertragen, den westlichen Industrienationen. »Kulturrevolution« wurde zu einer Art Passepartout für die revolutionären Ambitionen einer studentischen Minderheit, die schon aus objektiven Gründen nicht dazu in der Lage war, im eigenen Land eine Revolution durchzuführen. Die Tatsache, dass sich mit einem den Konsumerwartungen und Sicherheitsversprechungen der Wohlstandsdemokratie gleichermaßen erlegenen Proletariat kein revolutionäres Subjekt finden ließ, sollte durch das übereifrige Herbeizitieren der »Großen Proletarischen Kulturrevolution« kompensiert werden. Nun konnten die für das Ingangkommen eines revolutionären Prozesses entscheidenden Aktivitäten als kulturelle begriffen und damit die traditionelle Modellarchitektur zum Sturz bürgerlicher Gesellschaften folgenreich uminterpretiert werden. Die chinesische Kulturrevolution schien der Schlüssel dafür zu sein, das als »spätkapitalistisch« begriffene System endgültig zu Fall zu bringen.

Bei der emphatischen Identifikation mit dem fernöstlichen Modell handelte es sich zweifelsohne um ein mit Mao-Folklore garniertes Projekt zu einer totalen Revolutionierung der Gesellschaft, das von Naivität wie Unkenntnis gezeichnet war und größenwahnsinnige Züge trug. Manches spricht dafür, dass es sich bei der Übernahme des Ausdrucks nicht nur um eine Selbststilisierung,

sondern auch um ein schlichtes Missverständnis gehandelt haben könnte. Die 68er-Bewegung hatte – mit der *Kommune I* an ihrer Spitze – das Schlagwort von der Kulturrevolution übernommen und auf die hiesigen Verhältnisse zu übertragen versucht. Dass sie damit auf eine von oben manipulierte Kampagne hereinfiel, die in China Hunderttausende oder gar Millionen an Opfern kostete, hatte sie trotz aller Warnungen von Sinologen, Journalisten und westlichen Diplomaten nicht sehen wollen. Die von den Kommunarden propagierte Revolutionierung des Alltagslebens mit ihrem Frontalangriff auf die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft – Familien, Kindergärten, Schulen und Universitäten – und all ihren keineswegs nur eingebildeten Innovationen vollzog sich unter dem Dach dieser aus China importierten Kulturrevolution.

Dieser Begriff zählt jedenfalls zu den doppelbödigsten und in mancherlei Hinsicht trügerischsten Etiketten, die es in der 68er-Bewegung überhaupt gegeben hat. Was sich zunächst wie ein Fanal für eine grundlegende Befreiung in und von der Gesellschaft anhörte, war gleichzeitig das Code-Wort für eine Kampagne in einer kommunistischen Diktatur. Die von Mao Tse-tung initiierte Massenbewegung der Roten Garden war in Wirklichkeit eine Art Trojanisches Pferd des Totalitarismus. Und das galt nicht nur für das riesige und von außen nur schwer zu überblickende Stammland selbst, sondern auch für viele Adepten des Maoismus in westlichen Industrienationen wie USA und Japan, Frankreich und Italien und natürlich auch die Bundesrepublik, aus deren Zerfallsprozess der 68er-Bewegung zahllose Ableger der fernöstlichen Variante des Staatskommunismus hervorgegangen sind.

*

Studentenbewegungen machten in den sechziger Jahren fast überall den Motor der jeweiligen Proteste aus. Warum das möglich war, hing zunächst einmal mit ihrer Rolle zusammen. Denn im studentischen Status sind zwei Faktoren miteinander kombiniert – die Zugehörigkeit zur Jugend, genauer zu deren Schlusskapitel, der Adoleszenzphase, und die Beteiligung an dem Prozess höherer Bildung, einer Qualifikation mit besonderen Berufserwartungen, zum Teil an die Hoffnung geknüpft, Aufnahme in Funktionseliten zu finden. Diese Statuskombination prädestiniert Studierende dazu, in der Wahrnehmung ihrer Interessen wie keine andere gesellschaftliche Gruppierung flexibel, mobil, innovativ und selbstreflexiv aufzutreten. Als junge Trägerinnen und Träger des Wissens, die sich zwar in einer Institution bewegen, an diese jedoch nicht unbedingt gebunden sind, repräsentieren sie in besonderer Weise das Informelle wie das Transmaterielle. Weil sie wie keine andere gesellschaftliche Gruppierung Informationen sammeln, sind sie auch dazu in der Lage qua Wissen eine besondere Rolle in der Opposition gegenüber autoritären, autokratischen oder gar diktatorischen Regimen einzunehmen.

Ganz offensichtlich hat die Befriedigung materieller Bedürfnisse nur eine untergeordnete Rolle bei den Akteurinnen und Akteuren gespielt. Der 68er-Bewegung ging es weder darum, Hunger zu stillen, Wohnraumnot zu bekämpfen, Arbeitslosigkeit noch andere materielle Missstände zu beseitigen. An der Spitze ihrer Agenda rangierten Emanzipation, Partizipation und Selbstverwirklichung. Ihre Ziele waren im Gegensatz zu denen klassischer sozialer Bewegungen insofern durch ihre politische Moralität und andere als jene Werte bestimmt, die in der als »bürgerlich« in Zweifel gezogenen Gesellschaft als vorbildlich galten.

Die Nachkriegszeit mit ihrem Wiederaufbau war vorüber, der Mangel hatte einem zunehmenden Wohlstand Platz gemacht. Zwar gab es auch weiterhin ökonomische Krisen, wie an der Rezession 1966/67 deutlich wurde, jedoch änderte dies nichts daran, dass die Steigerung des Brutto sozialprodukts im Durchschnitt weiter anhielt. In diese langanhaltende Phase materiellen Aufschwungs platzte Mitte der sechziger Jahre allerdings ein Alarmsignal: Das Schlagwort vom »Bildungsnotstand«. Der an Staat und Öffentlichkeit gerichtete Vorwurf lautete, die Bildungsausgaben seien in der Bundesrepublik zu gering, um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben zu können, und die Bildungschancen seien sozial so ungerecht verteilt, dass die Demokratie daran längerfristig Schaden nehmen müsse. Die Studierenden nahmen den Ball auf und protestierten 1965, von der Westdeutschen Rektorenkonferenz unterstützt, mit einer »Aktion 1. Juli« bundesweit »Gegen den Bildungsnotstand«. In dieser Inkubationsphase, in der der Konflikt zwischen Studierenden und Professoren noch nicht offen aufgebrochen war, ging es um Bildung, Wissen, Qualifikation, Chancengleichheit und nicht zuletzt um Steuerungskompetenz in Staat und Gesellschaft. Auch wenn diese Orientierung durch die 1967 in Gang gekommene Radikalisierungsdynamik und der mit ihr

verknüpften Klassenkampfrhetorik überblendet wurde, so ist sie dennoch keineswegs verlorengangenen. Ganz ähnliche Prozesse hatten sich im Bildungssektor anderer Industriegesellschaften westlichen Typs abgespielt.

Als dann im Juni 1962 Aktivisten der *Students for a Democratic Society* (SDS) an der University of Michigan in Ann Arbor das *Port Huron Statement* verabschiedeten, ging es um ein Konzept, mit dem sie durch »partizipatorische Demokratie« eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft herbeiführen wollten. Zu den theoretischen Grundlagen zählten die Ideen eines Soziologen wie dem bereits im selben Jahr verstorbenen C. Wright Mills, der mit seiner Kritik an den Machteliten das Ideengerüst der *New Left* maßgeblich beeinflusste. Und 1964 kam mit dem *Free Speech Movement* an der kalifornischen Universität von Berkeley durch die von der Bürgerrechtsbewegung adaptierten Sit-ins eine Aktionsform hinzu, mit der die für ihre Ziele als notwendig erachtete Öffentlichkeit kollektiv durchgesetzt werden sollte.

Als sich die amerikanische Studentenbewegung dann im Jahr darauf im Zuge des eskalieren Vietnamkrieges in eine Anti-Kriegsbewegung transformierte, kam eine eigene Öffentlichkeitsform hinzu. Seit dem Frühjahr 1965 breiteten sich von Ann Arbor wie in einem Schneeballsystem Teach-ins als Form universitärer Gegenveranstaltungen aus. Bis zum Jahresende waren es landesweit 120 Universitäten, die davon erfasst worden waren, darunter Elite-Einrichtungen wie Yale, Harvard, Columbia und Berkeley. Im Grunde genommen waren es politische Vorlesungen, mit denen die Informationsdefizite in Sachen Vietnam beseitigt oder zumindest reduziert werden sollten. Diese Form entwickelte sich in gewisser Weise wie ein Exportschlager und verbreitete sich nur kurze Zeit später zusammen mit Go-ins und Sit-ins über den halben Erdball.

So beeindruckend das zweifelsohne war, so konnten die mit neuen Protestformen verbundenen Mobilisierungserfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen Aufmerksamkeits- und Handlungserfolgen fast immer eine enorme, kaum zu überwindende Kluft liegt. Es gehörte und gehört noch immer zu den Wesensmerkmalen studentischer Bewegungen, dass sie für gewöhnlich besonders stark darin sind, politische und gesellschaftliche Probleme zu explizieren und ihnen einen Stellenwert im öffentlichen Raum zu verschaffen. Die Artikulation des kulturellen Unbehagens, das Aufdecken eines kollektiven Verdrängungsprozesses, die Kritik an einer repressiven Sexualmoral sowie an den Normen einer Konsum- und Leistungsgesellschaft mussten erst einmal entwickelt, diskutiert und einfallsreich in Szene gesetzt werden – die Polizei- und Ordnungsbehörden taten dann ein Übriges.

Aber es gehörte ebenso zu den Kennzeichen von studentischen Bewegungen, dass sie politisch betrachtet so gut wie völlig machtlos waren und deshalb unmöglich das umsetzen konnten, was sie zuvor analysiert und als Lösungsansatz – in diesem Fall die sofortige und bedingungslose Einstellung des Krieges in Südostasien – glaubten herausgefunden zu haben. Wenn sie dennoch etwas ausrichten wollten, dann ging das eigentlich nur auf zwei Wegen: entweder durch ein Bündnis mit einem machtpolitisch potenteren Partner oder aber durch eine Transformation in eine andere, nicht mehr studentisch geprägte Aggregation – sei es in der Form einer Partei oder irgendeiner anderen Organisationsform. Diese Auswege erwiesen sich nur zu oft als dilemmatisch. In der erstgenannten Option kamen die Bündnisse mit den Gewerkschaften entweder gar nicht erst zustande oder aber sie erwiesen sich als prekär und waren deshalb nur von kurzer Dauer. Aber diese Entwicklung, die sich in nicht wenigen Fällen als politische Sackgasse herausstellte, setzte sich erst im darauffolgenden Jahrzehnt, dem der Siebziger, durch.

*

Eine andere Auffälligkeit war die ideologische Disparatheit der Strömungen und Gruppierungen, die in der 68er-Bewegung zusammengewirkt haben. Unter den Akteuren gab es – obgleich sie sich alleamt innerhalb eines breiten Spektrums der Linken verorteten, das von anarchistisch-libertären bis zu stalinistisch-totalitären Positionen reichte – weder eine theoretisch-ideologische noch eine organisatorisch-handlungsleitende Einheit. Keine Großorganisationen wie Gewerkschaften, kommunistische oder sozialdemokratische Jugendorganisationen waren in der Regel für die Ausrichtung der jeweiligen Bewegung ausschlaggebend, sondern eher minoritäre Gruppierungen, sogenannte Katalysatoren. Es handelte sich dabei um Gruppen aus dem Bereich der wissenschaftlichen Intelligenz oder den Milieus unterdrückter Minderheiten, die sich wegen ihrer machtpolitischen Bedeutungslosigkeit zumeist auf eine Aufgabe beschränken mussten – Bewusstsein zu konstituieren.

Solche sich als Katalysatoren des Klassenkampfes begreifende Gruppierungen waren in den USA die *Students for a Democratic Society*, in Frankreich etwa die *Bewegung 22. März* und in der Bundesrepublik der *Sozialistische Deutsche Studentenbund*. Einer der ersten, der ein ausgeprägtes Bewusstsein von der neuartigen Rolle solcher minoritärer Gruppierungen besaß, war mit Herbert Marcuse der nicht nur hierzulande, sondern auch weltweit wohl einflussreichste Vordenker der Studentenbewegungen. Auch wenn er kaum Illusionen hegte, was den faktischen Einfluss dieser Katalysatorengruppen auf die Machtpolitik anbetraf, so war er doch von der Hoffnung bestimmt, dass von diesen desintegrierten Kleinorganisationen Impulse ausgehen würden, die Teile der Mehrheitsgesellschaft ebenfalls in Bewegung versetzen könnten.

Die vielleicht wichtigste unter den bundesdeutschen Katalysatorengruppen war eine, die aus München-Schwabing kam und von dem ursprünglich aus Bamberg stammenden Situationisten Dieter Kunzelmann gegründet worden war – die vor allem auf Provokationen im öffentlichen Raum setzende *Subversive Aktion*. Obwohl es nicht mehr als drei Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten waren, die aus dieser ebenso kultur-, kirchen- und konsumkritischen Gruppe hervorgingen, vermochten sie es wie keine andere Keimzelle der 68er, die sich in ihrer besten Zeit als antiautoritäre Bewegung verstand, der Revolte ihre stärkste Prägung zu verleihen. Dass dies möglich war, lag an zwei entscheidenden Punkten: Sie unterwanderten mit dem 1961 aus der SPD hinausgeworfenen SDS die wichtigste studentische Organisation, die sich schon bald als der eigentliche Motor der Protestbewegung jener Jahre erweisen sollte, und sie gründeten eine Kommune, die unter den jungen Leuten einer ganzen Generation Attraktivität fand, sich rasch bundesweit ausbreitete und so zum Ausgangspunkt eines ebenso weitreichenden wie nachhaltigen soziokulturellen Transformationsprozesses werden sollte.

Zur *Subversiven Aktion* gehörte im Übrigen auch der Soziologiestudent Rudi Dutschke. Der Mann, der ebenso rasch zum Idol wie zur tragischen Figur werden sollte, war ein DDR-Flüchtling, der nach dem Mauerbau dem Westen den Vorzug gegeben hatte. Obwohl sich der gerade erst mit einer aus den USA stammenden Theologiestudentin verheiratete Dutschke nicht an einem solchen Gruppenexperiment wie der Kommune beteiligen wollte, wurde er, ohne irgendein Amt oder eine Funktion zu bekleiden, zum unbestrittenen Wortführer der gleichermaßen gegen den Vietnamkrieg, die Ordinarienuniversität, die Notstandsgesetze und die Springer-Presse gerichteten außerparlamentarischen Aktivitäten. Seine überragende Rolle verdankte er zunächst einmal seinem Charisma und einer geradezu unverbrüchlichen, christlich fundierten Glaubwürdigkeit. Er konnte auch noch so militant auftreten, es gab unter seinen Mitstreitern gleichwohl kaum jemandem, der ihm seine politische Moral hätte streitig machen wollen.

Dann kamen aber noch drei andere Komponenten hinzu, mit denen Dutschke die Form der studentisch geprägten Protestbewegung nachhaltig veränderte: er dynamisierte ihre Demonstrationen, indem er die Durchführung direkter Aktionen propagierte, durch die sich staatliche Autoritäten, insbesondere die Polizei, zunehmend provoziert fühlten; er orientierte sich an den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wie etwa dem im Vietnamkrieg dem US-Militär trotzendem *Vietcong*, vor allem aber den lateinamerikanischen, der kubanischen Revolution nacheifernden Organisationen und er propagierte – als sei ihm das politische Scheitern der 68er-Bewegung schon frühzeitig klar gewesen – bereits im Herbst 1967 einen Langen Marsch durch die Institutionen.

Die wichtigsten Sprecher waren ebenso wie er Außenseiter im wahrsten Sinne des Wortes. Es waren nur zu häufig Flüchtlinge, Kinder von Flüchtlingen oder Stipendiaten aus fernen Ländern, die in diese Rolle schlüpfen. Deutlich wird das, wenn man nur einige der wichtigsten Länder betrachtet, die die Protestszenarien geprägt haben. In den USA hatte die Studentenbewegung – wie bereits erwähnt – mit dem *Free Speech Movement* im Oktober 1964 in Berkeley begonnen. Sein unbestrittener Sprecher war mit Mario Savio der Sohn eines sizilianischen Arbeiters. Mit einer einzigen Rede, in der er die Universität mit einer Fabrik und die Studierenden als deren Produkte verglich, hatte er seine Zuhörerschaft derartig zu begeistern vermocht, dass er seitdem auf eine feste Anhängerschaft zählen konnte.

In Großbritannien war die führende Gestalt der studentischen Protestbewegung mit dem Pakistani Tariq Ali ein noch exotischer wirkender junger Mann. Er hatte ein Stipendium an der Universität Oxford erhalten und war im Zuge des anwachsenden Protests gegen den Vietnamkrieg zum Sprecher und Organisator geworden. Sein erster wichtiger Auftritt hatte sich bereits im Dezember 1965 in einer vom Fernsehen live übertragenen Debatte abgespielt. Thema war die kontroverse Auseinandersetzung um die Militärintervention der USA in Vietnam. BBC und CBS hatten angekündigt,

die Diskussion zwischen Angehörigen der Universitäten von Oxford und Harvard via Satellit übertragen zu wollen. Auf britischer Seite war als Senior der Labour-Abgeordnete Michael Foot und auf der amerikanischen der Politikwissenschaftler und spätere Außenminister Henry Kissinger mit von der Partie. Als Kissinger den Nordvietnamesen vorwarf, sie seien zu Verhandlungen über einen Friedensschluss nicht bereit, fiel ihm Ali mit der Bemerkung ins Wort, dass er diese Behauptung für obszön halte. Als Reaktion darauf, so schilderte Ali die Szene später, hätten ihm selbst einige der Harvard-Vertreter Beifall gespendet. Als Reaktion auf seine Kissinger-Kritik erhielt Ali aus den USA nicht nur Hunderte von Dankeschreiben, sondern auch eine Einladung des Hollywood-Stars Marlon Brando. Als sich dieser zu einem Besuch in London aufhielt, erklärte er ihm, dass er ebenfalls ein überzeugter Gegner des Vietnamkrieges sei. Er stimme deshalb dem zu, was er in der Fernsehdebatte erklärt habe und halte die Einmischung seines Landes für genauso unmoralisch wie die Nazi-Deutschlands 1936 im Spanischen Bürgerkrieg.

In Frankreich, wo im Zuge des »Pariser Mai« seinerzeit die Machtfrage gestellt worden war, kam es wohl zur paradoxesten Personifizierung. Mit Daniel Cohn-Bendit war ein Deutscher jüdischer Herkunft, Sohn Berliner Emigranten, zur Symbolfigur geworden. »Nous sommes tous des juifs allemands!« skandierten Tausende von Demonstranten, nachdem Cohn-Bendit des Landes verwiesen worden war. Und eine von einem israelischen Autor verfasste Monographie belegt sogar, dass Cohn-Bendit keineswegs eine Ausnahme, sondern die Mehrzahl der führenden Aktivisten im Pariser Mai jüdischer Herkunft gewesen sei: Alain Geismar, André Glucksmann, Alain Finkielkraut, Pierre Goldman, Alain Krivine und viele andere legten davon Zeugnis ab.

Das traf beispielsweise auch auf Polen zu, wo der Geschichtsstudent Adam Michnik, der bereits an der Warschauer Universitätsrevolte von 1966 beteiligt war, eine Schlüsselrolle spielte. Symptomatisch für das kommunistische Regime war es, dass die Parteiführung im März 1968 auf die Studentenbewegung mit einer antisemitischen Kampagne reagierte, mit der unliebsame Intellektuelle nicht nur aus wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, sondern auch aus dem Land gedrängt wurden. Michnik wurde nun zum zweiten Mal – und dieses Mal endgültig – von der Universität verwiesen. Erst sehr viel später gelang es ihm dann doch noch, über ein Fernstudium an der Universität Posen seinen Abschluss in Geschichtswissenschaften zu absolvieren.

Sicher lassen sich für manche Länder auch Gegenbeispiele finden. Die Häufung jedoch, in der Außenseiter zu Sprechern einer Revolte werden konnten, gibt hinreichend Anlass, um über deren gesellschaftliche Sonderrolle nachzudenken. Die Frage wird jedenfalls aufgeworfen, was jene Außenseiter, Flüchtlinge oder Kinder von Flüchtlingen zu Wortführern hat prädestinieren können? War es eine besondere Form von Sensibilität, die sie zu Seismographen in einer zum Schein saturierten Gesellschaft hat werden lassen? Dabei ist möglicherweise die Figur des jüdischen Parias von besonderer Bedeutung. Der Begriff stammt von Max Weber, der die Juden im Rahmen seiner Religionssoziologie als »Pariavolk« bezeichnet hat.

Parias waren für ihn durch eine paradox anmutende Form negativer Privilegierung gekennzeichnet: je gedrückter ihre faktische Lage einerseits gewesen sei, umso größer seien ihre Erlösungshoffnungen hervorgetreten. Cohn-Bendit hat diese ambivalente Interpretationsfigur keineswegs von sich gewiesen, sondern in einer Rückbetrachtung zumindest für sich selbst explizit in Anspruch genommen. Im Typus des Parias sollen Diskriminierung und Privilegierung miteinander verschränkt sein. Es könnte also sein, dass in dieser Paradoxie ein Schlüssel zur Erklärung mancher Wortführerrolle in den 68er-Bewegungen liegt.

*

Gewalterfahrungen waren für die Entstehung der Studentenrevolte wie die der 68er-Bewegung insgesamt zentral. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang der unglückliche Germanistik-Student Benno Ohnesorg zu nennen, der am 2. Juni 1967 als völlig Unschuldiger bei einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des Schahs von Persien erschossen worden war. Die Tatsache, dass mit Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras der Todesschütze später vom Landgericht Moabit vom Verdacht der fahrlässigen Tötung freigesprochen und dagegen der Kommunist Fritz Teufel wegen eines angeblichen, nie nachgewiesenen Steinwurfs monatelang in Untersuchungshaft gehalten worden war, hatte erheblich mit dazu beigetragen, unter den Studenten den letzten Rest an Vertrauen gegenüber der Justiz und den staatlichen Institutionen zu verspielen. Alle drei Faktoren zusammen, so könnte man sagen, besaßen den Effekt einer grundlegenden misstrauensbildenden Maßnahme.

1960

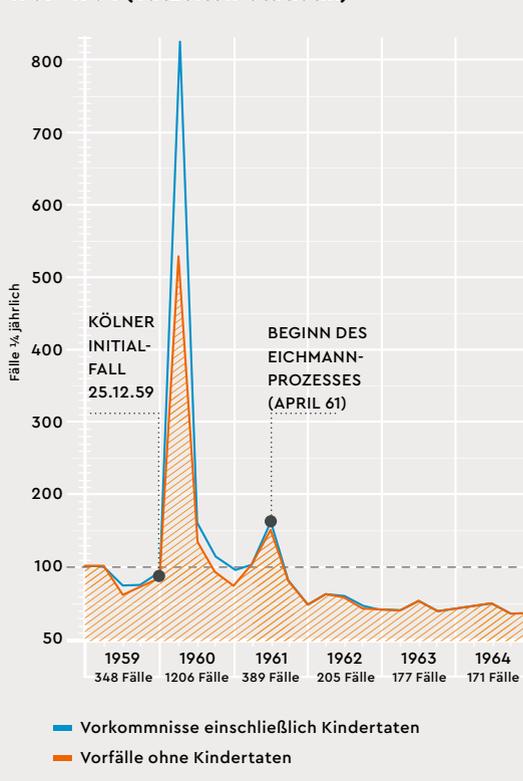


1. JANUAR 1960 Die Welle der antisemitischen Schmieraktionen, die seit dem Heiligabend 1959 im In- wie im Ausland für Aufregung sorgt, setzt sich in der **Bundesrepublik** auch im neuen Jahr über mehrere Wochen hinweg Tag für Tag weiter fort. Nach der Schändung des Denkmals für die Opfer des Nationalsozialismus und der Synagoge in Köln, die am 24./25. Dezember 1959 von zwei Mitgliedern der rechtsextremen *Deutschen Reichspartei* (DRP) mit Lackfarbe beschmiert und mit antisemitischen Parolen bemalt worden waren, werden seitdem viele ähnliche Taten registriert. Und zwar sowohl in der Bundesrepublik als auch in West-Berlin, selbst in der DDR und in mehreren anderen europäischen Ländern. Der Vorsitzende des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Heinz Galinski, fordert zum Jahresbeginn in **West-Berlin** das Verbot aller neonazistischen Organisationen und die Überprüfung aller in Politik, Justiz, Erziehung und Wirtschaft tätigen Personen auf ihre NS-Vergangenheit hin. — Unbekannte protestieren in **Offenbach** mit Wandparolen wie »Nazis weg!«, »Fort mit der Nazi-DRP!« und »Verbietet die Deutsche Reichspartei!« gegen die laufende antisemitische Welle. Am selben Tag findet in derselben Stadt ein jüdischer Bürger in seinem Briefkasten einen Zettel vor, in dem ihm angedroht wird, er werde bis zum Ende des Jahres 1960 »liquidiert«.

17. JANUAR 1960 Die größte Demonstration in der britischen Nachkriegszeit richtet sich gegen ein Wiedererstarken von Antisemitismus

und Nazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auslöser ist die Welle von Anschlägen und Schmieraktionen, die seit dem Heiligabend des Vorjahres über das gesamte Land hinweggeht. Mehr als 30.000 Bürger folgen einem Aufruf des Jüdischen Frontkämpferbundes und ziehen am Sonntagnachmittag schweigend durch die Innenstadt von **London**. Ihr Marsch startet am Hyde Park und führt zu der am Belgrave Square

Antisemitische und nazistische Vorkommnisse 1959–1964 (Tatzeiten-Statistik)



◀ 1. Januar: Auf der Infografik zu den zwischen 1959 und 1964 in der Bundesrepublik aufgezählten antisemitischen und nazistischen Vorkommnissen weist die Kurve um die Jahreswende 1959/60 steil nach oben.

gelegenen deutschen Botschaft. Auf Schildern und Transparenten sind Parolen zu lesen wie »The blood of Millions cries out«, »Protest against Nazism« und »Don't forget Belsen«. In einem eigenen Block machen »Nazi-Camp-Survivors« auf sich aufmerksam. Einige der Teilnehmer tragen ihre gestreiften KZ-Drillliche und haben wie etwa Colette Kennedy einen ihrer Ärmel bis zum Ellenbogen hochgekrempt, um die von der SS auf ihrem Unterarm eintätowierte Häftlingsnummer sichtbar zu machen. Da die Polizei Ausschreitungen befürchtet, hat sie ein Vordringen bis zum Botschaftsgebäude untersagt. Lediglich einer vierköpfigen Delegation wird es gestattet, zum Eingangportal zu gehen, um ein Protestschreiben zu überreichen. Die Gruppe setzt sich aus dem *Labour*-Abgeordneten Anthony Greenwood, dem Präsidenten des *Zentralrats der Juden* in Großbritannien, Barnett Janner, dem Bischof der Anglikanischen Kirche, Mervyn Stockwood, und dem Vorsitzenden des Jüdischen Frontkämpferbundes, Rechtsanwalt Ashe Lincoln, zusammen. In dem Schreiben, das sie Geschäftsträger Joachim von Ritter zur Weiterleitung an das Auswärtige Amt in Bonn überreichen, heißt es, dass die britische Öffentlichkeit über die seit mehreren Wochen anhaltende Welle antisemitischer Aktionen tief beunruhigt sei. Man habe vor allem den Eindruck, dass zu wenig gegen den Einfluss früherer Nationalsozialisten unternommen werde. Noch immer würden ehemalige Nazis wichtige Ämter in der Regierung, in der Beamtenschaft, in den bewaffneten Streitkräften

und in der Rechtsprechung bekleiden. Es sei deshalb nötig, eine »gründliche Säuberung« solcher Ämter zu fordern. In der 40 Minuten dauernden Unterredung kritisiert Lincoln von Ritter gegenüber insbesondere eine Erklärung Konrad Adenauers. Der Bundeskanzler hatte am Tag zuvor in einer vom Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache die antisemitischen Anschläge in ihrer übergroßen Mehrheit als »Flegelien« bezeichnet und seinen bundesdeutschen Mitbürgern empfohlen, wenn sie einen solchen »Lümmel« erwischten, dann sollten sie die Strafe auf der Stelle vollziehen und ihm eine »Tracht Prügel« verabreichen. Das sei die Strafe, die sie verdienen. Solchen Ausschreitungen, betont der Anwalt, dürfe aber nur mit der Macht des Gesetzes begegnet werden. Die Demonstration löst sich ohne jegliche Zwischenfälle auf. Eine Frau, die an der deutschen Botschaft noch einen Kranz weißer Chrysanthemen abgeben will, wird nicht vorgelassen.

17. JANUAR 1960 In der japanischen Hauptstadt **Tokio** demonstrieren Zehntausende von Bürgern gegen die Unterzeichnung eines Sicherheitsvertrages zwischen ihrem Land und den Vereinigten Staaten. In dem Vertragswerk, das im wesentlichen militärpolitische Bestimmungen enthält, verzichten die USA zwar zum Teil auf ihre Besatzungsrechte, behalten andererseits jedoch das Recht, verschiedene Militärbasen in Japan zu benutzen. Außerdem sichern sich beide Vertragspartner ihren gegenseitigen Beistand



► 17. Januar/Tokio: Handgemenge zwischen Soldaten und Studenten während einer Demonstration gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag